

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Bezugspreis: Ein Jahrgang 12 Mk. (Postgebühren 1.50 Mk.)
Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren 1.50 Pf.)
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag

Druck u. Verlag: Siegfried & Neumann
Königsplatz 10, Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Ein schwerer Schlag für den Völkerbund

Die Wirkung der Fernost-Entscheidung

Die deutsche Stellungnahme

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Febr. Die Genfer Völkerbundsdebatten über den Konflikt im Fernen Osten sind an den maßgebenden Berliner Stellen mit dem größten Interesse verfolgt worden. Sie haben die gerade in den Kreisen der neuen Regierung vertretene Meinung, daß der Völkerbund sich als vollkommen unfähig zum Schutze schwacher Staaten erweist, erneut bekräftigt. „Wieder einmal“, so erklärt man in führenden Regierungskreisen, „müssen wir heute feststellen, daß ein Völkerbundsmitglied, wenn es über die genügende militärische Macht verfügt mit einem anderen Völkerbundsmitglied, das nicht die gleiche Macht ausstrahlt, verfahren kann, was es will, ohne daß der Völkerbund dagegen praktisch etwas zu unternehmen vermag.“

Der Völkerbund hat sich im Falle Japan-China als vollkommen ohnmächtig, ja als ein Faktum des Stärken gegenüber dem Schwachen erwiesen.

Reiner der im Völkerbund vertretenen Großmächte, die an dem Fortgehen im Osten interessiert sind, ist es eingeleitet, etwas ausansehen des schwachen Staates zu unternehmen. Man vermutet in Berlin selbstverständlich eine Stellungnahme für oder gegen eine der beiden östlichen Mächte und bezieht die ganzen Vorgänge in Genf sowie auf dem zwischenlichen Arianschauplatz lediglich auf die Stellung des entmachteten und von waffenstarken Nachbarn umgebenen Deutschland. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß bereits die Frage aufgeworfen wird, ob die sehr beträchtlichen Mittel, die Deutschland als Mitglied des Völkerbundes alljährlich der Genfer Kasse zu überweisen hat, noch eine berechtigte Ausgabe darstellen. Die Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Völkerbund wird durch die Verhandlungen um die Weichserberechtigung ganz entscheidend beeinflusst werden. Sollte man es tatsächlich fertigbringen, Deutschland gegenüber die Weichserberechtigung nicht praktisch zum Ausdruck zu bringen, so wird, darüber kann gar kein Zweifel sein, die Reichsregierung auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Paris im Fahrwasser Japans

Paris, 25. Februar. Zu dem chinesisch-japanischen Konflikt schreibt „Echo de Paris“, Japan sei in ein Unternehmen von äußerem großem Ausmaß hineingezogen worden, denn es geht um die Wiederherstellung eines nordchinesischen Staates mit einem Mandchukaiser als Oberhaupt. Niemand könne Japan davon zurückhalten oder vermöge die Ereignisse einzudämmen.

Vor neuen Regierungsmaßnahmen

Berlin, 25. Febr. Das Reichskabinett tritt in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder zusammen, nachdem der Reichskanzler von seiner Wahlreise am Montag wieder in Berlin eingetroffen sein wird. Eine sehr wichtige Frage, die vor den Wahlen aber kaum noch spruchreif werden dürfte, ist die Reform der Arbeitslosenversicherung.

deren Dreiteilung sich bekanntlich als unpraktisch erwiesen hat. Es ist aber beabsichtigt, die Arbeiten bis zu beschleunigen, daß die Neuordnung spätestens Anfang April in Kraft gesetzt werden kann. Hier liegen zwei umfassende Gutachten vor, deren eines der früheren Arbeitsminister Spruy verfaßt hat; während das andere von dem Reichskommissar für das preussische Finanzministerium, Popitz, stammt.

Wahrscheinlich schon in der nächsten Woche dürfte das Kabinett Beschlüsse über die

Überprüfung der überhöhten Gehälter

in den vom Reich subventionierten Betrieben bekanntgeben. Insbesondere die Gehälter, die in manchen

Vor dem Urteil im Brolat-Prozess

Berlin, 25. Febr. Im Brolat-Prozess trat das Schwurgericht heute noch einmal in die Beweisnahme ein, um sich mit einem Verdictantrag der Verteidigung zu beschäftigen, der jedoch abgelehnt wurde, so daß das Urteil noch für heute erwartet werden kann. — Der Verteidiger beantragte, die Witwe des verstorbenen Obermagistrats Schallbach und einen Fabrikanten Schwarz darüber zu vernahmen, daß der inwäsenden verstorbenen Schallbach sich über die Forderung der inwäsenden verstorbenen Schallbach außerordentlich beschwert habe. Schallbach sei infolge des Vorgehens Tapoffis bei der Vernehmung einem Herzschlag erlegen. Von der Staatsanwaltschaft wurde der Beweisanspruch abgelehnt mit dem Hinweis, daß der Schuldweis gegen Brolat erdrückend sei. Tapoffis habe keine Aussagen mit Sicherheit und großer Bestimmtheit gemacht. Man

Die japanischen oder ungeschickten Elemente des Völkerbundssekretariats und der Vollversammlung hätten das gewollt.

Die Annahme der vom Neuzugnerausschuss vorgeschlagenen Empfehlungen ist nach Meinung des „Journal“ der charakteristische Punkt des Friedenswerkes. „Petit Parisien“ glaubt, den Eindruck gewonnen zu haben, daß es mit der Universalität des Völkerbundes jetzt ein für allemal aus sei. Das Blatt stellt fest, daß der Völkerbund unfähig gewesen sei, die Kriegsgefahr zu bannen, und sich nur nach dem Buchstaben der Satzung gerichtet habe. „Argo“ glaubt, daß der Völkerbund durch sein Verhalten China gegen Japan ausgebeugt habe und es jetzt allein lasse. Das Gewerkschaftsblatt „Populaire“ bezieht den schmerzlichen Verlust, weil mit ihm die Mobilisierung der ganzen Welt gegenüber Japan ausgedrückt worden sei.

Englische Stimmen gegen Waffenaußfuhr

London, 25. Febr. Zu der gestrigen Entscheidung in Genf schreibt „Times“ es sei keinesfalls unüblich, daß Japan weitgehend zeitweilig den mandchurischen Provinzen eine bessere Verwaltung geben werde und daß die benachbarten chinesischen Provinzen halbwegs Ordnung gebracht werden. Aber es sei unabweisbar, daß Japan die Verpflichtungen der Verträge und der Völkerbundsabmachung nicht habe. Der Völkerbund sei nicht in der Lage, seine Entscheidung durchzusetzen. Aber alle seine Mittel seien genommen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Regelung zum endgültigen Ziele zu verhelfen. Für einen Völkerbund der Völkerbunds sei es unangenehm, einem Staate, der dem Völkerbunde Trost und Hilfe zu senden.

Es müßten mindestens für die Dauer des gegenwärtigen Streites für die Ausfuhr von Waffen und Munition nach Japan Lizenzen vereinbart werden.

In ähnlichem Sinne äußert sich „News Chronicle“ dessen Leitartikel die Ueberchrift trägt „Keine Waffen und kein Geld mehr für Japan!“. „Daily Herald“ meint, daß alle, die durch den Geist der Völkerbundsabmachung gebunden seien, China ihre moralische Unterstützung gewähren müßten. Insbesondere sei es klar, daß ein Ausfuhrverbot von Waffen notwendig sei, das sich in gleicher Weise auf Japan und China erstreckt. „Daily Express“ bemerkt, daß England allein von allen Flottenmächten die Aufgabe anfallen werde, den vorgeschlagenen Vorkriegsstand in den Gewässern des Fernen Ostens durchzusetzen. Das Blatt fordert dringend, diese Verpflichtung sofort und endgültig zurückzuweisen. Die Hauptstadt Großbritanniens sei London und nicht Genf.

Landwirtschaftlichen Maßnahmen

hat dieser Tage bereits der Staatssekretär im Reichsministerium, v. Rohr-Demmin, Mitteilung gemacht. Die Umschuldung wird in absehbarer Zeit abgeschlossen werden. Weiter wird den Bauern, die eine zusätzliche Arbeitskraft einstellen, ein Darlehen ausbezahlt, der etwa dem entspricht, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen auszuwenden hätte. Der Appell des Staatssekretärs an die Verbraucher, möglichst deutsches Leder, deutsche Anker, deutsche Zellulose und deutsche Feite zu verwenden, wird ebenfalls in einer der nächsten Verordnungen der Reichsregierung Ausdruck finden.

Nur Ministerreden im Rundfunk

Berlin, 25. Februar. Nachdem dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, eine Absage auf seine Bitte erteilt worden ist, im Rundfunk eine Rede zu halten, nimmt man in unterrichteten Kreisen an, daß das von dem früheren Reichskanzler Brüning gefällte Verbot gleichfalls nicht bewilligt werden wird. Es wird dabei auf die schon seit langem geltenden Bestimmungen hingewiesen, wonach der Rundfunk für Reden von Parteiführern nicht zur Verfügung gestellt werden darf. Lediglich die Minister sind von dieser Bestimmung ausgenommen.

Nationaler Durchbruch

Wir sind in das Endstadium dieses erfreulich kurzen Wahlkampfes eingetreten. Die nationale Durchbruchschlacht, die am 5. März zum Sieg führen soll, hat begonnen. Für keinen nationalen Deutschen kann es jetzt noch zögernde Zurückhaltung geben, kein Wenn und Aber und keinen Vorbehalt irgendwelcher Art mehr. Nur noch eines darf gelten: ein beherrschtes Befolgen zur nationalen Erneuerung unseres deutschen Volkes und seines Staates. In einer Woche ist die Entscheidung gefallen, die nationale Durchbruchschlacht geschlagen und gewonnen. Denn an dieser Tatsache wird nicht zu rütteln sein. Es geht nur darum, diesen Sieg so groß zu machen, daß die Regierung der nationalen Erneuerung ohne Hemmnisse und parlamentarische Schmierigkeiten ihre ganze Kraft auf das große Rettungswerk konzentrieren kann. Gewonnen wird die Wahlkampfeschlacht deshalb unter allen Umständen, weil die Opposition der Linken, Kommunisten, Sozialdemokraten der staatsparteilichen Splitter und Zentrum, selbst für Fall, daß die nationalen Gruppen keine 51 Proz. positive Mehrheit erobern sollten, nicht in der Lage sein werden, ihrerseits eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden. Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat deshalb in seiner Hamburger Rede bereits betont, daß die Regierung einer Mehrheit die lediglich in der Verneinung besteht, natürlich nicht weichen kann. Sie wird vielmehr trotzdem auf ihrem Platz ausharren und das eingeleitete Rettungswerk unbeirrt bis zum Ziele durchführen. Denn das eine steht fest, gesinnt es der verbündeten nationalen Bewegung nicht, eine Mehrheit zu erreichen, dann gesinnt es dem Gegner noch viel weniger. Damit ist dann zum dritten und letzten Male bestätigt, daß der Parlamentarismus zu einer rettenden Tat schlichtem unfähig ist. Die Frage lautet dann einfach und klar: Soll das Parlament oder das Volk in seinen Lebensrechten Schaden leiden? Kein Mensch, sofern er nicht hoffnungslos in demokratischen Doktrinen verarrannt ist, kann darüber im Zweifel sein, daß der Bestand der Nation ungleich wichtiger ist, als der eines solchen Parlaments. Der Reichsinnenminister betonte für diesen Fall den Staatsnotstand als gegeben, der der Regierung die Vollmacht gibt zum Wohl des deutschen Volkes trotzdem am Platze zu bleiben. Diese Erklärung ist außerordentlich bedeutungsvoll, weil sie in dieser klaren und eindeutigen Form zum ersten Male von dem unabhängigen Reichsleiter der Reichsregierung, dem Verfassungsmäßig abgeben wurde und in sich den endgültigen Beweis dafür trägt, daß diese Wahlen nicht mit Stimmzettelabgaben im bisherigen Sinne verallt werden dürfen und daß die Regierung der nationalen Erneuerung erst recht keine Koalitionsgovernment im bisherigen Sinne ist. Sie ist ein freiwillig beschworener Bund der besten Männer der gesamten nationalen Bewegung mit dem Führer des deutschen Volkes in Krieg und Frieden, dem großen Feldmarschall-Präsidenten von Hindenburg.

Die Wahlen sind also im letzten ein Entschieden, zu dem das deutsche Volk aufgerufen worden ist, ob es sich für diesen feierlichen Bund zur Rettung Deutschlands oder gegen ihn stellen will. Ein Drittes gibt es nicht mehr. Die beiden großen Oerklären der nationalen Regierung lehren deshalb das Hauptgewicht darauf, nicht als Parteien, sondern als Bewegung an zu werden. Die Nationalsozialisten waren auf Grund ihrer nationalrevolutionären Haltung, der besonderen Formen ihrer Organisation und ihres Wachstums auf außerparlamentarischem Boden von Anfang dagegen gesichert, nicht als Partei im alten Sinne betrachtet zu werden. Die Deutschnationalen vollends werden in diesem Wahlkampf als Partei nicht in Erscheinung treten. Sie stellen vielmehr ihre Organisation in der neuen überparteilichen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit der bewiesenen Erkenntnis zur Verfügung, dadurch den Grundstein für eine Neuordnung der politischen Willensbildung überhaupt zu legen. Ein überparteilicher Zusammenbruch in größtem Rahmen soll damit für die Zukunft in die Wege geleitet werden, der Symptom dafür sein soll, daß im neuen Deutschland partypolitische Kesseln und Abgrenzungen zu ein geworden sind und von einer Nation nicht mehr verstanden werden, die das Unheilvolle des Parteisystems der Parteien, das Machtstifteln nach den Befehlen der Fraktionsdisziplin und die Angst der Linken und des Zentrums anzuhilft hat. Die letzten Schritte nach vorwärts unter dem Gesichtspunkt bearmöht, ob er der eigenen in der Revolution errungenen Positionen abträglich sein könnte. In diese Front haben sich jetzt nach den Erklärungen der letzten Wochen außer dem Führer der nationalen Bewegung dem Stabschef und dem überparteilich konservativen christlichen Kräfte die hinter Vapen stehen, auch das Landvolk und die deutschvölkische Freiheitsbewegung eingereiht, dazu zahlreiche bündische und berufständische Gruppen.

Es ist bedauerlich, daß die politischen Gruppen am rechten und dem Zentrum und der Kampffront nicht auch in diese Front